

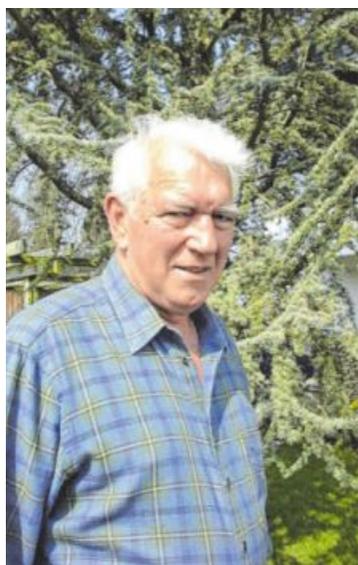
VERSTORBEN

Im Gedenken an Gärtner Ingo Bohle

Gärtnermeister Ingo Bohle war der NEUE lange Jahre als Juror des Blumenschmuckwettbewerbs verbunden.

Am 8. Juni 2023 ist Gärtnermeister Ingo Bohle aus Dornbirn nach langem und arbeitsreichem Leben von uns gegangen. Ingo Bohle wurde am 2. April 1932 geboren. Er erlernte den Beruf des Gärtners ab 1946, festigte das Erlernte einige Jahre in der Schweiz und bei der Stadt Dornbirn. Nach Ablegung seiner Meisterprüfung machte er sich 1958 als Gartengestalter in Dornbirn selbstständig.

Ingo Bohle war eine markante Persönlichkeit in der Vorarlberger Gärtnerschaft. Durch seine direkte Art brachte er Dinge rasch auf den Punkt. Er förderte großzügig die Jugend, bildete selbst Lehrlinge aus und nahm ein Vierteljahrhundert lang Facharbeiterprüfungen im Lehrberuf Gartengestaltung ab. Ingo übernahm Verantwortung in verschiedenen beruflichen Organisationen. So war er neun Jahre im Vorstand der Vorarlberger Gärtner und stand sechs Jahre als Innungsmeister den gewerblichen Gärtnern und Floristen vor, nachdem er zuvor



Gärtnermeister Ingo Bohle ist am 8. Juni verstorben. NEUE

fünf Jahre als Innungsmeister-Stellvertreter wirkte.

Verdienste um Gärten und Parks. Seine fachliche Kompetenz ist in vielen Gärten Vorarlbergs zu sehen. Eines seiner größten Projekte war die Gestaltung der Parkanlagen ums Festspielhaus Bregenz, beim Hotel Mercure und beim Strandbad Bregenz zu Beginn der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts.

Viele Blumenfreunde des Landes kannten Ingo Bohle durch seine langjährige Tätigkeit als Juror des Landesblumenschmuckwettbewerbes, der von der NEUE Vorarlberger Tageszeitung und den Vorarlberger Gärtnern durchgeführt wurde. Ingo gehörte 18 Jahre lang der Jury an und bereicherte sie durch sein großes Fachwissen und seine direkte, aber stets respektvolle Art. Er stellte in diesen Jahren der jeweiligen Sieggemeinde stets einen Lindenbaum als Trophäe zur Verfügung.

Neben seiner die Familie war das Gärtnern und Gestalten sein Leben. Das zeigte sich auch im schönen Ziergarten in Dornbirn Fischbach, den er mit seiner Frau Roswitha genoss und der viele Pflanzenraritäten beheimatete. In diesem Garten fanden unzählige Feste statt, bei denen sich Familie Bohle stets als großzügiger und gesellige Gastgeber präsentierten.

Bis zu seinem Ableben blieb Ingo seinen Berufskollegen eng verbunden und nahm gerne am Vereinsgeschehen und an Zusammenkünften teil. Die Vorarlberger Gärtner und Floristen werden Ingo Bohle als kollegialen und humorvollen Menschen stets in guter Erinnerung behalten. Ingo, Ruhe in Frieden!

Harald Rammel

Land macht

Im Herbst 2021 verabschiedete der Landtag mit der „Mission ZeroV“ eine Selbstverpflichtung zur Klimaneutralität. Ein Bericht des Landesrechnungshofes zeigt Fortschritte, aber auch Nachbesserungsbedarf.

Von Moritz Moser
moritz.moser@neue.at

Beim Thema Klimaschutz steht der Energieverbrauch stets ganz oben auf der Handlungsliste. Bis zum Beschluss der Initiative hat sich auf diesem Gebiet beim Land aber wenig getan. Der Energieverbrauch in 101 überprüften Landesgebäuden knickte zwar witterungs- und pandemiebedingt vorübergehend ein, lag aber 2021 schon wieder auf dem Niveau von 2018. Die verbrauchte Heizenergie stieg sogar um drei Prozent. Dafür ging im



Vergleichszeitraum aber auch der Anteil an erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch der Landesgebäude nach oben: von 65 Prozent im Jahr 2018 auf 72 im Jahr 2021. Der Anstieg war vor allem auf den Ausbau von Fernwärme und

HINWEISGEBER

Landesvolksanwalt

Der Landesvolksanwalt nimmt Hinweise auf etwaige Gesetzesverstöße durch die Verwaltung entgegen.

Wie die NEUE am Donnerstag berichtete, müssen Behörden und Unternehmen künftig Hinweisgebersysteme zur Verfügung stellen, über die „Whistleblower“ mögliche Gesetzesverstöße melden können. Das entsprechende Landesgesetz sieht vor, dass der Landesvolksanwalt als externe Meldestelle für die Landes- und Gemeindeverwaltung fungiert. Allerdings war online unmittelbar kein Kontakt zu finden. Von Seiten der Landesvolksanwalt-

schaft stellt man entsprechende Informationen aber bereits seit Oktober 2022 zur Verfügung, die durch ein technisches Gebrechen nicht auffindbar waren.

Kontakte vorhanden. Die Landesvolksanwaltschaft ist für Hinweisgeber, die Rechtsverstöße in der Landes- und Gemeindeverwaltung melden möchten, telefonisch (05574/47027 30230) von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 12 Uhr erreichbar. Weiters steht mit hinweisge-

Fortschritte beim Klimaschutz



Biogasheizungen zurückzuführen, wobei der Landes-Rechnungshof Letzteres durchaus kritisch beurteilt. Das regionale Angebot für Biogas sei schließlich begrenzt und könnte in der Industrie dringender benötigt werden. Außerdem seien „die

Treibhausgasemissionen von Biogas stark von dessen Herstellungsart abhängig“. Die rückläufige Nutzung von Öl und Erdgas für die Gebäudeenergie dürfe sich in den nächsten Jahren mit Umbauten und Sanierungsmaßnahmen weiter reduzieren. „Die

„Der geplante Einsatz von Biogas für Raumwärme ist kritisch zu sehen. Potenziale für Fotovoltaikanlagen sind weiter auszuschöpfen.“

Landes-Rechnungshof

Aufschlüsselung des gesamten Endenergieverbrauchs zeigt, dass fossile Energieträger nur noch für das Heizen zum Einsatz kommen“, heißt es im Bericht des Landes-Rechnungshofs. Dieser empfiehlt dem Land, ein „neues Energie-Monitoring-System und Wärmemengenzähler zu nutzen, um Einsparungspotenziale zu identifizieren“.

Mehr Elektroautos. Deutliche Fortschritte gab es bei der Umrüstung des Fuhrparks. Zwischen 2018 und 2022 stieg die Zahl der Elektrofahrzeuge im Verwaltungsdienst von 36 auf 68 und damit um 32 Prozent. Insgesamt werden damit 36 Prozent der 188 Landesfahrzeuge elektrisch be-

trieben, wobei Hybridfahrzeuge in diese Quote nicht eingerechnet wurden. Die Neuanschaffungen waren 2022 bereits überwiegend elektrisch. Damals wurden sieben E-Autos und eines mit Verbrennungsmotor beschafft.

Allerdings lag die Rate der elektrisch gefahrenen Kilometer bei nur 26 Prozent, womit Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor verhältnismäßig häufiger genutzt wurden. Die Dienstflüge wurden zwischen 2018 und 2022 drastisch reduziert, allerdings wohl eher aufgrund der Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie. Ihre Zahl sank von 1957 auf 395 und damit um 80 Prozent. „Dienstflüge nahmen im Jahr 2022 nach Aufhebung der Reisebeschränkungen wieder leicht zu“, heißt es im Bericht. Potenzial sieht der Landes-Rechnungshof noch bei der Einsparung von Kurzstreckenflügen: „Im Jahr 2022 waren 93 Prozent der Flüge kürzer als 700 Kilometer, knapp 80 Prozent betrafen die Destination Wien. Das Flugzeug wurde auch für Strecken unter 500 Kilometer genutzt. Im Jahr 2022 traf dies auf 46 Flüge zu.“

steht für Hinweise bereit

berschutz@landesvolksanwalt.at auch eine E-Mail-Adresse zur Verfügung. Persönliche Gespräche sind nach Terminvereinbarung möglich. Außerdem bei der Landesvolksanwaltschaft ist derzeit eine neue Webseite in Planung, auf der sie auch ein entsprechendes Online-Meldeformular für Hinweisgeber zur Verfügung stellen wird.

Umsetzung läuft. Aktuell verfügt bereits die Landesregierung über ein Hinweisgeberportal, über das Mitarbeiter des Landes, aber auch externe Betroffene Meldungen abgeben können.

Die größeren Gemeinden wiederum sind verpflichtet, interne Systeme für ihre Dienstnehmer zur Verfügung zu stellen.

Größere Unternehmen sind nach bundesrechtlichen Vorschriften angehalten, bis zum 25. August Hinweisgebersysteme bereitzustellen, die auch für Lieferanten oder Kunden erreichbar sind. Kleinere Unternehmen haben damit noch bis zum Ende des Jahres Zeit. Der Hinweisgeberschutz geht auf eine EU-Richtlinie zurück, die in Österreich vom Bund erst im Frühjahr und mit Verspätung umgesetzt wurde.

Landesvolksanwalt Klaus Feuerstein fungiert als externe Meldestelle für Hinweisgeber.

HARTINGER

